

## Ihr Anliegen ist bei uns in guten Händen

Haben Sie Lob, Kritik oder Fragen zu unserer Arbeit? Sie erreichen **Ombudsfrau** Susanne Lebrument unter **ombudsfrau@somedia.ch** oder per Brief an **Somedia AG, Ombudsfrau, Postfach 491, 7007 Chur**



**@** **Leserbriefe** können Sie uns auf **forum@suedostschweiz.ch** mit einer maximalen Anzahl von 2500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) zukommen lassen. Über Leserbriefe wird keine Korrespondenz geführt.

**Forum Online**  
Wollen auch Sie Ihre Meinung zu einem Thema online äussern? Dann schreiben Sie jetzt Ihren Leserbrief.  
**suedostschweiz.ch/forum**

**Bilder**  
Ihre Schnappschüsse senden Sie an **reporter@suedostschweiz.ch** oder als direkter Upload auf **suedostschweiz.ch/so-reporter**.

**Petition:** Machen Sie Ihr Anliegen zum Thema. Direkt und online können Sie eine Petition starten und Unterschriften sammeln. Bei genügend Unterschriften melden wir Ihr Anliegen der zuständigen Gemeinde.  
**www.suedostschweiz.ch/petition**

## Leserbriefe

### Bei den Fakten bleiben

**Ausgabe vom 12. September**  
Zum Artikel «Täter waren wichtiger als Opfer»

Ein Kommentar stellt selbstverständlich eine persönliche Meinung dar, doch sollte Frau Hassler trotzdem bei den Fakten bleiben. Fakt ist, dass die Missbrauchsstudie 1002 Fälle von sexuellem Missbrauch in der Katholischen Kirche behauptet, diese aber nicht belegt – von wenigen Ausnahmen abgesehen. Dass die «Kirchenspitze vertuschte, log und verschwiegte» und dass ihnen die Opfer «völlig egal» waren, ist eine unbewiesene und ehrverletzende Unterstellung. Es wurden auch keine wichtigen Akten «entsorgt», sondern gemäss geltendem Kirchenrecht ältere Akten vernichtet, nachdem auf einem Dokument der Inhalt der Akten mit den wichtigsten Angaben festgehalten worden war. Als Journalistin sollte Frau Hassler den Unterschied zwischen berechtigter Kritik und haltlosen Vorwürfen kennen.

Dass es in der katholischen Kirche zu sexuellen Missbräuchen gekommen ist, ist eine Tatsache. Doch die Kirche hat – und das nicht erst seit der Missbrauchsstudie – zahlreiche Schritte zur Missbrauchsbekämpfung unternommen (Anlaufstellen für Opfer, Entschädigungszahlungen, Prävention usw.). Darüber schweigt sich Frau Hassler aus. Es drängt sich der Eindruck auf, dass es Frau Hassler in ihrem Kommentar weniger um den Missbrauch als um eine Abrechnung mit der katholischen Kirche geht.

**Rosmarie Schärer**, Theologin, aus Chur

### Blaue Post zum Zweiten

Wenn ich die neue Bauausschreibung im Amtsblatt der Stadt Chur vom 6. September unter der Website [www.chur.ch/planaufgabe](http://www.chur.ch/planaufgabe) öffne, traue ich meinen Augen nicht. Da wird ein weiterer Versuch aufgezeigt, wie die Blaue Post zerstört werden kann.

Die Fachwelt ist sich einig, die Blaue Post muss erhalten und nach denkmalpflegerischen Grundsätzen erneuert werden. Mit dem neuen Projekt aber wird eine sorgfältig gestaltete Fassadenbekleidung zerstört, die in dieser Art einmalig ist. Völlig unnötig. Die energetische Ertüchtigung kann auch unter Wiederverwendung der vorhandenen Bekleidung erreicht werden.

Man stelle sich vor, es werden einige Tausend Quadratmeter intakte Metallelemente abgebrochen, entsorgt, vernichtet und durch neue ersetzt. Schon einige Jahre kennen wir den Begriff der «Kreislaufwirtschaft». Die vorliegende Fassadenbekleidung wäre ein hervorragendes Beispiel, wie dieser Methode nachgelebt werden könnte.

Es wurden mehrere Gutachten von namhaften Fachleuten eingeholt. Da diese Gutachten nie veröffentlicht wurden, gehe ich davon aus, dass sie sich für den Erhalt dieser das Churer Ortsbild prägenden Architektur einsetzen.

Es würde mich interessieren, wer in unseren Amtsstuben den Entscheid gefällt hat, die Blaue Post nicht unter Schutz zu stellen, und vor allem, wie die Begründung dazu aussieht. Als Steuerzahler habe ich und die Öffentlichkeit diese Gutachten mitfinanziert und damit ein Anrecht, Einblick zu erhalten.

Abschliessend noch Folgendes: National- und Ständerat haben im Frühling dieses Jahres eine Änderung des Umweltschutzgesetzes beschlossen. Mit der Absicht, Material- und Produktkreisläufe zu schliessen, damit Rohstoffe immer wieder von Neuem verwendet werden können. Damit will sich die Schweiz ausdrücklich zur Kreislaufwirtschaft bekennen. Gehört Chur nicht auch zur Schweiz?

**Werner Mattle** aus Chur

### Sind Gutachten Geheimdokumente?

Zwei Jahre ist es nun her, dass der geplante Umbau der Blauen Post in Chur einen Sturm der Entrüstung auslöste. Ein Aufruf gegen die Zerstörung dieses bedeutenden Zeugen der Bündner Nachkriegsmoderne wurde innert weniger Tage von über 200 Personen unterschrieben. Zusammen mit den Fachverbänden reichte der Bündner Heimatschutz Anfang Dezember 2022 bei der Kantonsregierung einen Antrag um eine kantonale Unterschutzstellung ein. Denn eine solche allein würde gewährleisten, dass ein denkmal-

pflegerisch korrekter Umgang mit dem Gebäude nicht nur gewünscht, sondern auch tatsächlich eingefordert werden könnte.

In der Folge wurden drei (!) Gutachten zur Schutzwürdigkeit des Bauwerks verfasst. Eines im Auftrag des Kantons, zwei auf Veranlassung der Stadt. Allesamt mit Steuergeldern bezahlt. Was in den Gutachten steht, wissen wir nicht. Denn sie werden unter Verschluss gehalten – gerade so, als wäre die Sicherheit des Landes gefährdet, würden die Inhalte publik gemacht. Da nach unserem Kenntnisstand bislang keine Unterschutzstellung erfolgte, lässt diese Geheimniskrämerie eigentlich nur einen Schluss zu: Alle drei Gutachten bestätigen die Schutzwürdigkeit des Gebäudes, die bereits im Stadtinventar postuliert worden war, bevor der Stadtrat dieses willkürlich zusammenstutzte.

Unsere kürzlich erfolgte Anfrage beim Regierungspräsidenten, wie es denn um das Unterschutzstellungsverfahren stehe, blieb unbeantwortet. Dafür wurde am 6. September 2024 ein neues Gesuch für den Umbau der Blauen Post publiziert. Die Blaue Post soll nun blau bleiben. Das ist aber auch alles. Wer die Auftragsakten studiert, muss ernüchert feststellen, dass auch das neue Projekt mit einer denkmalgerechten Renovation nichts zu tun hat. Sie ist auch nicht zwingend, denn das Objekt steht ja nicht unter Schutz! Wir hätten nur gerne gewusst: warum eigentlich nicht?

Ob ein Gebäude ein Baudenkmal ist oder nicht, wird von Fachleuten mit entsprechender Expertise beurteilt. Ob ein Baudenkmal tatsächlich rechtskräftig geschützt wird, ist ein politischer Entscheid. Der kann selbstredend vom Urteil der Fachleute abweichen. Doch müsste diese Abweichung stichhaltig begründet sein. Eine solche Begründung fehlt im Falle der Blauen Post. Wie sie

dies auch für die Alte Fuhrhaltere im Churer Welschdörfli tut. Und für den Gutshof zur Kante in Chur-Mansans. Und viele andere Bauten mehr. Wann wird sich die öffentliche Hand endlich ihrer in der Verfassung verankerten Verantwortung gegenüber dem baukulturellen Erbe bewusst?

**Ludmila Seifert**, Geschäftsleiterin  
Bündner Heimatschutz

### Zerstörte Strassenränder nach Alpabzug

Im Lauf dieser Woche wird der Abschnitt der Kantonsstrasse von Brunnen bis Malut in Conters im Prättigau neu geteert. In mühsamer Handarbeit haben Arbeiter letzte Woche die Strassenränder beiderseits von Gras, Steinen und Erde befreit. Anschliessend wurde die Fahrbahnfläche mit einer Reinigungsmaschine sauber geputzt.

So weit, so gut. Am Samstag, 14. September, wurde aber die Alp Casanna entladen, deren Viehbestand jeweils mitten durch unser Dorf getrieben wird. An die Hinterlassenschaften der Tiere haben wir uns längst gewöhnt, obwohl wir uns alljährlich fragen, warum das immer an einem Samstag sein muss. Weiter geht es jeweils auf der Kantonsstrasse bis nach Küblis, wobei für uns klar ist, dass die wohlgenährten, schweren Tiere lieber auf weichem Untergrund abwärtsgehen als auf dem harten Strassenbelag.

Die Auswirkungen der diesjährigen «Wanderung» bei nassem Wetter habe ich auf Bildern festgehalten: Über weite Strecken ist die Arbeit der Strassenbauer zunichtegemacht worden!

Leider ist im kantonalen Strassenverkehrsgesetz, verfasst von

Schreibtischtätern in Chur, kein Artikel zu finden, der die Wiedergutmachung oder Vergütung solcher Schäden explizit regelt. Einzig in Artikel 50 Ziffer 2 ist in einem Satz von Massnahmen bei Beeinträchtigung die Rede.

Ist die Landwirtschaft nicht verpflichtet, Rücksicht zu nehmen und zu öffentlichen Anlagen ebenso Sorge zu tragen wie nicht subventionierte «gewöhnliche» Bürger? Aus welchen Gründen?  
**Ruth Clavadetscher** aus Conters

### Schön grün – alles gut mit unserer Natur?

Schädlich, kontraproduktiv, extrem, eine Bedrohung für Graubünden, so Kommentare zur Biodiversitätsinitiative. Ausser bei «Unverbesslichen» wird nirgends grundsätzlich bestritten, wie schlecht es um die Biodiversität steht. Was an artenreichen Lebensräumen, an Tier- und Pflanzenarten gefährdet oder bereits verschwunden ist (sogar noch stärker als in den meisten europäischen Ländern), wird auch durch den Bundesrat bestätigt. Schäden am Ökosystem könnten ab 2050 jährlich bis zu 16 Milliarden Franken kosten. So etwa durch Trinkwasseraufbereitung, Luftreinigung, Überschwemmungsschäden etc. Die Naturereignisse in diesem Sommer haben die Wichtigkeit der Renaturierung von Flussläufen für den Schutz vor Hochwassern gezeigt.

Verrückt: Die Eidgenössische Forschungsanstalt WSL fand in einer Studie über 150 direkte und indirekte Subventionen in der Höhe von insgesamt 40 Milliarden Franken, die der Artenvielfalt schaden! Der Erhalt unserer Lebensgrundlage und die Wichtigkeit für Tourismus und Landwirtschaft in unserem Kanton hat ein Preisschild. Wie viel wir bereit sind, in den kommenden Jahren dafür auszugeben und unseren Kindeskindern nicht irreversible Schäden und immense Kosten aufzubürden, genau um diese Frage geht es. Deshalb stimme ich am 22. September Ja zur «Biodiversität».

**Jürg Mächler** aus Schiers

### BVG-Revision: Zurück an den Absender

Am 22. September stimmen wir über die BVG-Vorlage ab. Diese Vorlage muss deutlich abgelehnt und an den Absender zurückgesendet werden. Warum dies? Es geht nicht an, dass diejenigen, die tiefe Löhne haben, noch weniger haben durch höhere Abzüge, und erst noch keine Garantie bekommen – bei Eintritt in die Pension – die Rente auch zu bekommen oder dann nur viel weniger als einbezahlt.

**Markus Schaffhauser** aus Chur

## Leserbild



Diese Schwalben wurden auf ihrem Weg nach Süden wohl vom Winter überrascht.

Bild Henk Melcherts